

Frau  
Birgit Ackermann  
Vorständin St. Josefshaus  
Hauptstraße 1  
79618 Rheinfelden

**Ihr Schreiben zum Thema**  
**Wahlprüfsteine für Menschen mit Behinderungen und Menschen im Alter**

Sehr geehrte Frau Ackermann,

gestatten Sie eine Vorbemerkung: Gerne beantworten wir Ihre Fragen – wir könnten jetzt versuchen, Ihnen zu jeder Frage eine wohlklingende, blumenreiche Antwort zu liefern. Das ist zum einen nicht möglich und zum anderen wäre es nicht ehrlich. Das möchte ich vorab natürlich erklären:

Die meisten Ihrer Fragen haben Aufgaben- und Problemstellungen zum Thema, die nicht oder nur in ganz geringem Umfang in den Zuständigkeitsbereich von Gemeinderäten, Ortschaftsräten oder Kreisräten hineinreichen. Die gewählten Vertreterinnen und Vertreter können über bestimmte Themen beraten und entscheiden, über andere hingegen nicht, z. B., wenn sie in den Bereich der Landes- oder Bundespolitik entfallen oder durch privatwirtschaftliche Träger oder Initiativen umgesetzt werden, bei denen Volksvertreter ebenfalls keine Entscheidungsbefugnis haben. Somit können wir nur ansatzweise versuchen, Ihnen aufzuzeigen, wo wir uns einsetzen werden – dies aber aufrichtig.

---

**Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2024:**

**1. Sensibilisierung: Wie würden Sie dafür sorgen, dass allgemein mehr verstanden wird, was Menschen mit Behinderungen und Menschen im Alter brauchen? Zum Beispiel durch Schulungen für öffentlich Bedienstete?**

Wir vertreten die Ansicht, dass eine Balance zwischen allen am gesellschaftlichen Leben beteiligten Gruppen gewahrt werden muss, damit es möglichst keine Vernachlässigten oder „Abgehängten“ in unserer Wohlstandsgesellschaft gibt – dies ist **die** Kernaussage in unserem Wahl-Leitfaden.

Dazu gehören selbstverständlich auch Menschen mit Behinderungen sowie ältere und hochbetagte Menschen, wobei oft mit zunehmendem Alter auch ein steigender Grad an Behinderung einhergeht. Der demografische Wandel ist da und kann nicht verleugnet werden. Dies ist eine der größten Aufgaben auf allen gesellschaftlichen Ebenen – auch in unserer Gesamtstadt.

Sehen Sie im Bereich des Öffentlichen Dienstes einen Mangel an Sensibilität gegenüber den genannten Personengruppen? Dann muss diese Situation konkret benannt werden, und wenn sich daraus die Notwendigkeit ableitet, dass Mitarbeitende geschult werden müssen, **dann werden die Freien Wähler Rheinfelden solche Schulungsprogramme und deren Finanzierung befürworten.**

Darüber hinaus stellen Mitarbeitende im Öffentlichen Dienst jedoch nur eine kleine Bevölkerungsgruppe dar. Es wäre viel wichtiger, Jugendliche, junge Erwachsene und auch Zuwanderer aus anderen Kulturen an die Probleme behinderter und alter Menschen

heranzuführen und sie im Hinblick auf Respekt und Rücksichtnahme zu schulen – sofern man diese Bevölkerungsgruppen erreichen kann. In diesem Zusammenhang auch im Hinblick auf alle Berufe im Bereich Pflege und Betreuung zu sensibilisieren, wäre ein ganz wichtiges Ziel – auf allen gesellschaftlichen Ebenen.

**2. Teilhabe und Mitbestimmung: Was möchten Sie tun, dass Menschen mit Behinderungen und Menschen im Alter besser bei Entscheidungen in der Stadt/Gemeinde mitmachen können? Wie stellen Sie sicher, dass deren Meinungen gehört und beachtet werden?**

Die Bürgerinnen und Bürger von Rheinfelden und den Ortsteilen können wählen – auf allen Ebenen. Das ist ein Bürgerrecht. Bürgerinnen und Bürger dürfen ein Wahl- und Stimmrecht ausüben, Bürgeranträge stellen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide anstreben und eine Bürgerversammlung beantragen. Dazu gehören in Baden-Württemberg alle Deutschen und EU-Ausländer, die mindestens drei Monate in einer Gemeinde wohnen oder das 16. Lebensjahr vollendet haben.

Auch Einwohnerinnen und Einwohner einer Gemeinde können im Rahmen von Bürgerversammlungen, Fragen an den Gemeinderat und an sogenannte Sachkundige Einwohner Informationen einholen und Mitwirkung bekunden. Außerdem gibt es besondere Gremien wie das Jugendparlament und den Ausländerbeirat.

Somit können die Menschen bis ins höchste Alter wählen, mitentscheiden und sich auch ehrenamtlich einsetzen. Menschen mit Behinderung können diese Rechte mithilfe ihrer Angehörigen ausüben.

Gewählte Vertreterinnen und Vertreter können auch jederzeit persönlich oder als Fraktion angesprochen werden – wenn sie ihr Mandat ernst nehmen, werden sie sich kümmern. **Wir, die Freien Wähler Rheinfelden, nehmen unsere Pflichten, die aus einem Mandat erwachsen, sehr ernst und gehen jeder Anfrage nach.**

Es liegt jedoch auch im eigenen Engagement der Menschen, sich mit ihren Interessen und Bedürfnissen zu zeigen und zu öffnen und auch im Rahmen ehrenamtlicher Einrichtungen mitzuwirken. Daher ist es wichtig, städtische Einrichtungen und Gruppenangebote zu fördern, die sich an die wachsende Bevölkerung der Alten und Hochbetagten richten.

**Grundsätzlich: Mitmachen kann jede/r! Sie/Er muss es auch tun!**

**3. Barrierefreiheit: Es ist wichtig, dass für Menschen mit Behinderungen und Menschen im Alter Orte und Dinge leicht zugänglich sind.**

**a. Was möchten Sie tun, dass Menschen mit Behinderungen und Menschen im Alter ohne Probleme öffentliche Gebäude und öffentliche Verkehrsmittel benutzen können?**

Die öffentlichen Gebäude in Rheinfelden sind im Wesentlichen bereits barrierefrei. Dort, wo dies vom Gebäudezustand her nur eingeschränkt möglich war, wurden kreative Lösungen (z. B. Außenaufzüge) gefunden. Wir meinen, dass wir hier bereits auf einem guten Weg sind. **Weitere Verbesserungen im Alltag für Menschen mit Beeinträchtigungen sollten auf jeden Fall vorrangig geplant und finanziert werden, auch im Hinblick auf die bereits erwähnte demografische Entwicklung. Hier werden wir bei Entscheidungsprozessen dazu beitragen.**

Öffentliche Verkehrsmittel betreffend liegt die Entscheidungsbefugnis nicht oder nur sehr eingeschränkt bei den gewählten Gremien. So werden wir z. B. beim neuen S-Bahn-Stützpunkt in Warmbach darauf drängen, dass alle Zugänge behindertengerecht ausgeführt werden und alle Ebenen so gestaltet werden, dass ein möglichst problemloser Ein- und Ausstieg gewährleistet ist.

Andere bauliche Situationen, z. B. Ein- und Ausstieg in Busse und Bahnen, können wir nicht beeinflussen, hier hat sich jedoch in den letzten Jahrzehnten eine positive Entwicklung vollzogen.

**b. Was wollen sie tun, dass Menschen mit Behinderungen und Menschen im Alter die gleichen Chancen haben, wie die anderen Menschen, um an Kultur- und Freizeitveranstaltungen teilzunehmen? Und wie möchten Sie sicherstellen, dass diese Veranstaltungen für alle zugänglich sind, ohne Hindernisse?**

Hierbei verhält es sich ähnlich wie bei den Gebäuden: Das Rathaus ist für Veranstaltungen, die die Stadt Rheinfelden anbietet, genauso barrierefrei wie für den Behördenalltag. Freigelände, z. B. Tutti Kiesi, sind ebenfalls ebenerdig zugänglich. Privatpersonen, die Veranstaltungen anbieten, tragen selbst die Verantwortung dafür, wie barrierefrei die Zugänge sind. Hierauf haben wir keinen Einfluss.

Was verstehen Sie unter „die gleichen Chancen“ haben? Die Teilnahme an Veranstaltungen besteht darin, dass man – sofern nötig – ein Ticket erwirbt und sich zur Veranstaltung einfindet. Dies können Menschen aller Altersklassen grundsätzlich uneingeschränkt tun. Ein Hindernis, das definitiv vorhanden ist, ist sicherlich die Tatsache, dass der Ticketverkauf für viele Veranstaltungen online stattfindet. An der „Abendkasse“ sind die freien Plätze dann oft nicht die besten oder für z. B. Rollstuhlfahrer gänzlich ungeeignet. Hiermit sind alte und behinderte Menschen schnell überfordert, sie bedürfen dazu der Hilfe von Freunden, Angehörigen oder dem Personal von Betreuungseinrichtungen. Dies ist eine sehr individuelle Situation, die aber für viele Menschen dennoch zu bewältigen ist.

Welche Defizite sehen Sie im Rahmen Ihres Wirkungsbereiches der Behindertenpflege im Hinblick auf die Teilnahme an Veranstaltungen? Was vermissen Sie und würde Ihnen sinnvoll erscheinen? **Damit wir Lösungen anstreben können, die nicht „ins Blaue“ schießen, sondern dort ansetzen, wo sie wirklich helfen.**

Dass die Digitalisierung dort fortgeschritten ist, wo sie mitunter neben Lösungen auch Probleme bereitet, können gewählte Vertreterinnen und Vertreter nicht beeinflussen. Ein weiteres Beispiel dafür wäre der Fahrkartenautomat an Bushaltestellen und Bahnhöfen. Wer diese nur selten nutzt, ist dann schnell verloren – auch jüngere Personen und Menschen ohne Behinderung.

**c. Welche Ziele haben Sie, um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen am Internet und anderen digitalen Dingen teilhaben können?**

Der Ausbau des Glasfasernetzes für die ganze Bevölkerung von Rheinfelden und in den Ortsteilen ist seit Jahren im Gange. Ein schneller Datenfluss ist aber auch bisher kein Problem, die technischen Voraussetzungen sind somit für alle Bevölkerungsteile gegeben.

Dass eine Person – gleich welchen Alters und Gesundheitszustands – Zugang zum Internet bekommt, ist individuell. Es ist jedem selbst überlassen, sich einen Internetzugang legen zu

lassen, was natürlich mit Kosten verbunden ist. Hinzu kommen die Kosten für Endgeräte für die Nutzung des Internets (PCs, Tablets, Smartphones). Man muss ehrlicherweise sagen, dass diese Kosten auch von den Personen selbst getragen werden müssen, dies für alle als eine Art Grundversorgung zu finanzieren, kann eine Gesellschaft nicht leisten.

Viele Menschen, die heute 60 und mehr Jahre alt sind, können bereits seit Langem mit Computern aller Art umgehen, sie haben es bereits im Berufsleben erlernt oder sich von der Familie darin unterstützen lassen. Somit ist die Generation der sog. „Babyboomer“ – also die „kommenden Alten“ hierin geübt.

**Wenn die Digitalisierung im Rathaus – also die online-Erledigung von Behördengängen – umgesetzt wird, werden wir von den Freien Wählern Rheinfelden ein Auge darauf haben, dass dies mit Rücksicht auf Bevölkerungsgruppen geschieht, für die ein Klick und ein Link nicht so selbstverständlich sind.** Dies muss auch seitens der Behörden mit Personal begleitet werden.

#### **4. Inklusive Bildung und Ausbildung: Wie wollen Sie sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen die gleichen Chancen auf Bildung haben wie alle anderen? Und wie wollen Sie sicherstellen, dass ältere Menschen weiter lernen können, um das Beste aus sich herauszuholen?**

Dies kann niemand in der Kommunalpolitik wirklich sicherstellen, dazu haben wir gar keine Möglichkeit. Es gibt Bundesgesetze, die hier greifen, z. B. die Regelung, wie viele Schwerbehinderte ein Unternehmen einstellen muss (Betriebe mit 20 bis 40 Arbeitsplätzen müssen 1 schwerbehinderten Menschen beschäftigen usw.). Bei Nichteinstellung muss eine Ausgleichsabgabe gezahlt werden. Somit liegt es ausschließlich in der Entscheidung der Unternehmen, ob sie Schwerbehinderte einstellen können oder wollen. Hierauf haben Kommunalpolitiker keinen Einfluss, wir können auch keine „moralische Keule“ schwingen.

Ein umfassendes Angebot der Bundesarbeitsagentur kann von allen betroffenen Personen genutzt werden: persönliche Beratung, spezielle Hilfen, berufliche Reha-Maßnahmen, Hilfe bei der Jobsuche. Regelungen zum Arbeitsmarkt finden auf Bundesebene statt, nicht in den Kommunen.

Das ganze Leben ist ein Lernprozess. Es gibt Menschen, die akribisch ihr ganzes Leben lang lernen, es liegt in ihrer Natur, in ihrer Persönlichkeit, vielleicht auch ein wenig in ihrer Biografie. Somit ist auch das Lernen wollen ein sehr individueller Prozess.

Wer hier den inneren Antrieb spürt, kann sich in Rheinfelden gut orientieren: Ältere Menschen können aus einem großen Angebot an Bildungsmöglichkeiten schöpfen, ein Beispiel sind die Volkshochschulen mit einem breiten Angebotsspektrum, z. B. Sprachen, Sport, Computerwissen, Kreativitätstechniken. Dass diese Angebote mit Kosten verbunden sind, ist ein anderes Thema.

Die Stadt Rheinfelden bietet darüber hinaus für Senioren viele Anlaufstellen und Programme, z. B. die Stadtbibliothek, den Bürgertreff Gambirinus, das Familienzentrum. Darüber hinaus gibt es Angebote von der AWO, vom VdK und vom DRK. All diese Stellen bieten soziale Kontakte mit Unterhaltung, Zeitvertreib und Unterstützung in Lebens- und Alltagsfragen.

**Was die Einrichtungen der Stadt Rheinfelden betrifft, so wollen wir, die Freien Wähler Rheinfelden, dabei mitwirken, dass diese personell getragen werden und sich stetig weiterentwickeln, um den Veränderungen in der Gesellschaft gerecht zu werden.**

**5. Wohnraum und barrierefreies Wohnen: Wie wollen Sie sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen Wohnungen finden, in denen sie sich gut bewegen können? Und wie möchten Sie sicherstellen, dass diese Wohnungen bezahlbar sind?**

Auch dies können Vertreterinnen und Vertreter in der Kommunalpolitik nur begrenzt sicherstellen.

Ein Beispiel: In Rheinfelden haben wir mit der Wohnbau Rheinfelden ein sehr erfolgreiches städtisches Unternehmen, das gerade auch im Bereich Senioren und behindertengerechtes Wohnen große Leistungen vollbringt. Zurzeit wird gerade der Gebäudekomplex „Betreutes Wohnen Müßmattstraße 43“ in einem mehrjährigen Prozess aufwendig saniert. Die rund 60 Wohnungen dort hätte man theoretisch kündigen, während des Leerstands sanieren und dann wieder neu vermieten müssen. Um diese Bewohnerinnen und Bewohner, von denen auch viele mit Behinderungen durchs Leben gehen, nicht obdachlos zu machen, wurden 8 bis 10 Wohnungen, die nach und nach frei wurden, nicht mehr vermietet, um dort jeweils die MieterInnen eines Flurabschnittes für 2 Monate unterzubringen, in denen dieser Flurabschnitt dann renoviert wird. Dies ist mit sehr hohen Kosten verbunden, die das Unternehmen trägt, damit die Menschen nicht wohnungslos werden, denn diese Personen hätten am Wohnungsmarkt kaum eine Chance. Die Mieten werden danach übrigens nicht erhöht.

**Die Freien Wähler Rheinfelden werden die Tätigkeit der Wohnbau mit allen Möglichkeiten unterstützen, auch bei Neubauten.** Nur so können wir einen Einfluss auf die Anzahl der Wohnungen und auf die Miethöhe nehmen, alles andere findet auf dem privaten Wohnungsmarkt statt, der anderen Regeln und Einflüssen unterliegt.

**6. Versorgungssicherheit: Wie wollen Sie helfen, ausländische Fachkräfte nach Deutschland zu holen? Zum Beispiel, indem Sie die zusätzlichen Kosten für die Bürokratie bezahlen?**

Und wieder eine ehrliche Antwort: Ausländische Fachkräfte nach Deutschland zu holen ist für Kommunalpolitiker schlichtweg unmöglich! Hier müssen die Weichen auf Bundesebene gestellt werden. Und allem voran müssen die Unternehmen Druck auf die Regierung ausüben, hier die Bedingungen zu verbessern.

Welche Kosten für welche Bürokratie sollten Gemeinderäte in den städtischen Etat übernehmen? Da der Fachkräftemangel mittlerweile alle Branchen betrifft, wäre das ein Fass ohne Boden – vor dem Hintergrund der engen Finanzspielräume einer Kommune.

Einen Einfluss nehmen können die gewählten Vertreter und Vertreterinnen in Rheinfelden möglicherweise beim Personal des städtischen Pflegeheims. Aber auch hier sind die finanziellen Möglichkeiten gering, insbesondere, da das Bürgerheim zurzeit die enormen Kosten für den gesetzlich vorgeschriebenen Umbau stemmen muss.

**7. Gesundheitsversorgung: Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen besser zu Ärzten und medizinischen Diensten kommen? Zum Beispiel, indem Sie den Internet-Zugang verbessern, damit sie ärztliche Beratung über das Internet bekommen können, und sich Pflegebedürftige, Pflegekräfte und Angehörige besser über das Internet untereinander beraten können?**

Grundsätzlich vertreten wir die Ansicht, dass ALLE Menschen einen schnellen Zugang zu qualifizierter medizinischer Versorgung haben sollten, unabhängig von Alter oder Behinderungsgrad. Denn auch junge, grundsätzlich gesunde Menschen können von einem

medizinischen Problem betroffen sein, dass keinen Aufschub duldet, hier müssen wir einfach auch eine Balance bewahren.

In Rheinfelden ist die Lage zurzeit extrem angespannt: Das Krankenhaus wurde geschlossen, lange bevor das neue Zentrale Klinikum Lörrach eröffnet wird. Der Verlust unseres „Krankenhauses vor der Haustüre“ bereitet vielen Bürgerinnen und Bürgern Sorgen – was absolut verständlich ist. Dass parallel dazu auch die Hausarzt-Versorgung eine Mängellage erreicht hat, die deutlich besorgniserregender ist als anderswo, kommt noch hinzu.

Aber auch hier gilt: Die Ausbildung von Medizinernachwuchs wurde auf Bundesebene seit Jahrzehnten sehenden Auges vermässelt – Zitat Bundesgesundheitsminister Lauterbach, sinngemäß: In Deutschland fehlen etwa 50.000 Ärzte, dazu gehen die Mediziner der Babyboomer-Generation in großer Anzahl in den Ruhestand.

Dass in Rheinfelden auch Fachärzte fehlen, weil diese lieber in der lukrativeren Schweiz arbeiten, kommt ebenfalls hinzu – in Rheinfelden gibt es nur noch einen Augenarzt, es gibt keinen Hautarzt, andere Sparten sind ebenfalls unterbesetzt und die vorhandenen Praxen überlaufen. Darauf können Kommunalpolitiker aber leider keinen Einfluss nehmen.

Medizinische Online-Beratung ist ein relativ neues Angebot unserer digitalen Zeit. Dies hilft aber nicht, wenn Menschen gründlich untersucht werden müssen, Verbände zu wechseln sind, Ultraschall gemacht werden sollte, Vorsorgeuntersuchungen durchgeführt werden müssen etc. Hier sind klare Grenzen gesetzt – aber für alle Bevölkerungsgruppen und ihre medizinischen Belange.

Wie oben bereits ausgeführt, hat in Rheinfelden jeder Bürger die Möglichkeit, sich einen Internetzugang legen zu lassen und Endgeräte für die Nutzung anzuschaffen. Hierbei helfen Familienangehörige, Freunde oder Institutionen. Alle technischen Voraussetzungen sind gegeben. Die Kosten müssen Privatpersonen und Einrichtungen tragen, sie nutzen diese ja in der Regel nicht nur für ein Online-Arztgespräch, sondern auch für andere Bedürfnisse. Ob der Patient bei vorhandenem Internetzugang dann sinnvoll eine medizinische Online-Beratung nutzen kann, ist im Rahmen seiner Altersbeschwerden und seines Grads an Behinderung sehr individuell. Eine Ferndiagnose und -behandlung dann, wenn schon eine Behinderung oder altersspezifische Grunderkrankungen vorliegen, kann den persönlichen Arztbesuch sicher nicht ersetzen.

Wo sehen Sie das Defizit bei der Verständigung zwischen Pflegebedürftigen, Angehörigen und Pflegepersonal? Ist es nicht so, dass schon heute Pflegeeinrichtungen eine Homepage und E-Mail-Zugang haben? Kommunizieren diese drei Personengruppen nicht über Telefone, Handys, E-Mails, die alle schon vorhanden sind? Weil die genannten Personengruppen diese Geräte schon seit Langem und für vielfältige berufliche und private Bedürfnisse nutzen? Daher sehen wir hier keinen Verbesserungsspielraum – die Akteure müssen sich aktiv in Bewegung setzen und nutzen, was bereits vorhanden ist.

---

Ich hoffe, Ihnen mit diesen ausführlichen Antworten, die mit der Fraktion und mit dem Vorstand der Freien Wähler Rheinfelden e. V. abgestimmt wurden, gedient zu haben. Für weitere Fragen stehen meine KollegInnen und ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
Ellen Haubrachs

1. Vorsitzende Freie Wähler Rheinfelden e. V.